

Zum fundamentalen Wandel
bewaffneter Konflikte

Neue Kriege zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts

Wolfgang Bergsdorf

„Krieg ist die Hölle“, fasst der amerikanische General William Sherman seine Erfahrungen und Erlebnisse im Amerikanischen Bürgerkrieg zusammen. „Krieg im einundzwanzigsten Jahrhundert ist dann“ – so der deutsche General Klaus Naumann – „eben die Hölle der Höllen, denn der Mensch von heute hat nicht nur Fähigkeiten zur massenhaften Tötung anderer Menschen, er besitzt die Fähigkeit zur wirksamen, nachhaltigen und dauerhaften Zerstörung großer Teile der Welt.“

Es bedarf keiner prophetischen Gabe, feststellen zu müssen, dass Krieg und organisierte Gewalt uns Menschen auch im einundzwanzigsten Jahrhundert begleiten werden. Denn es wird auch in diesem Jahrhundert keinen Mangel geben an Konfliktursachen: Auseinandersetzungen über die Verfügbarkeit von existenziellen Ressourcen wie Wasser, Nahrung, Energie und Gesundheitsfürsorge oder Migration auslösende Folgen des erwarteten globalen Klimawandels oder Disproportionalität von Bevölkerungswachstum und Wohlstandsentwicklung oder traditionelle Konfliktgründe wie ungelöste Territorialansprüche, Zugehörigkeit zu fremden Ethnien, ungleiche Machtverteilung oder religiös-kulturelle Spannungen oder zerfallende Macht von Staaten. Was sich verändert hat und weiter verändern wird, sind Art, Ausmaß und Folgen des Krieges. Dank eines vor Jahrzehnten noch undenkbar erfolgreichen Friedens- und Versöhnungswerkes durch NATO und Europäische

Union ist in einem kleinen Teil der Welt ein klassischer Staatenkrieg undenkbar geworden. Das bedeutet allerdings nicht, dass die organisierte Gewaltanwendung auch bei uns undenkbar ist. Die Angriffe auf die New Yorker Zwillingstürme und das Pentagon am 11. September 2001 und die späteren Anschläge auf die Verkehrssysteme in Madrid und London haben deutlich gemacht, dass die komplexen Infrastrukturen der OECD-Staaten besonders anfällig sind für terroristische Attacken.

Nach Angaben des *Uppsala Conflict Data Project*, dessen Daten sich weitgehend mit denen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg decken, hat die Zahl der bewaffneten Konflikte in den letzten fünfzehn Jahren deutlich abgenommen. Dies ist auch ein Erfolg der Ausweitung des Engagements der internationalen Gemeinschaft in der Krisenbewältigung nach dem Ende des Kalten Krieges. Zwischen 1950 und 1989 wurden pro Jahr 4,6 Kriege beendet, danach waren es jährlich 10,3. Während des Kalten Krieges endeten die meisten Kriege mit einem Sieg der einen Seite. Seitdem sind derartige Siegfrieden deutlich seltener geworden. Jetzt ist ein Verhandlungsfriede der Regelfall oder aber die deutliche Reduktion der organisierten Gewalt, sodass ein Konflikt nicht mehr als Krieg definiert werden kann.

Der Rückgang der Zahl der Kriege widerspricht der These, dass sogenannte ethnische Konflikte schwieriger zu lösen

seien, weil es bei ihnen um die Frage der Identität und damit um weniger verhandelbare Interessen gehe. Auch der Kampf um wertvolle Ressourcen wie Öl, Diamanten und Gold führt zu der Annahme, dass die Konfliktparteien in diesen Fällen eher ein Interesse an der Fortführung des Krieges hätten als an seiner Beendigung.

Grundlegender Wandel des Kriegsgeschehens

Beide Behauptungen werden durch die Datenlage zum Kriegsgeschehen seit 1991 nicht gestützt. Gestützt wird vielmehr die These eines fundamentalen Wandels des Kriegsgeschehens, in dessen Mittelpunkt das allmähliche Verschwinden jener Staatenkriege steht, die die Geschichte Europas über Jahrhunderte bestimmt haben. Dieser Staatenkrieg, von Carl von Clausewitz in der Trias Volk, Heer und Regierung gedanklich erfasst, hat nach der Französischen Revolution den Kabinettskrieg abgelöst, der vom „bloßen Verstand“ dominiert wurde. Anders als der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld, der die Clausewitz'sche Theorie mit ihrer Fixierung auf Volk, Heer und Regierung für überholt und ungeeignet hält, die neuen Formen des Krieges unterhalb der staatlichen Ebene gedanklich zu durchdringen, plädiert der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler für die Re-Lektüre der Schriften von Clausewitz. Sie seien besonders geeignet, die bei der Beurteilung neuer Kriege charakteristische Spirale der Irrationalität zu durchbrechen. Angesichts eines in den neuen Kriegen eingewebten Terrorismus, der wahllos Zivilisten zum Opfer macht, wird regelmäßig die Behauptung aufgestellt, dass es den Akteuren an Rationalität gebräche. Verstärkt durch die mediale Berichterstattung, werden sie in die Nähe psychisch Kranker gerückt. Solche Imaginationen behindern nach Münklers Ansicht politisch effektives Gegenhan-

deln und befördern Überreaktionen und emotional gesteuerte Gegengewalt.

Führende Politikwissenschaftler und Militärhistoriker stimmen darin überein, dass an die Stelle des Staatenkrieges ein neuer Typus des Krieges getreten ist, der einerseits durch eine weitgehende Entstaatlichung der Akteure und andererseits durch eine Asymmetrierung ihrer Fähigkeiten und Rationalitäten gekennzeichnet ist. Die weitgehende Reziprozität der Parteien im Staatenkrieg wird durch Konfigurationen ersetzt, in denen vergleichbare Ordnungsmuster kaum zu erkennen sind. Die jetzt zu beobachtende Diversifizierung des Kriegsgeschehens unterstützt die These vom allmählichen Verschwinden des Staatenkrieges. Der vorläufig letzte dieser traditionellen Kriege war der Irak-Krieg, der allerdings ebenfalls schon durch eine erhebliche Asymmetrie gekennzeichnet war. Einer übermächtigen Koalition stand ein militärisch schwacher Irak gegenüber, der in kurzer Zeit bezwungen war. Allerdings mündete der Siegfrieden in einen Bürgerkrieg und in einen bewaffneten Kampf gegen die Besatzungsmächte, dessen Opferzahlen mittlerweile höher sind als die des Staatenkrieges zuvor.

Auch der Krieg in Afghanistan ist in erster Linie ein Bürgerkrieg, bei dem die NATO der legitimen Regierung zu Hilfe gekommen ist. Auch hier ist die Asymmetrie unübersehbar. Die Gewaltkreativität der militärisch im Vergleich zur NATO schwachen Taliban wird für das Hightech-Militär der NATO zu einer immer stärkeren Herausforderung. Die Taliban sind ein junges Phänomen. Sie entstanden in den überfüllten Lagern afghanischer Flüchtlinge in Pakistan in den 1980er-Jahren und wurden von den pakistanischen Geheimdiensten rekrutiert, um die siegreiche afghanische Widerstandsbewegung gegen die sowjetischen Truppen zu spalten und eine starke Zentralregierung in Kabul auf Dauer zu ver-

hindern. Wie immer sind die neueren Erfolge der Taliban den Fehlern der westlichen Koalition geschuldet. Der schwerwiegendste Fehler war wohl, die gigantischen Geldströme aus dem Opiumanbau zu übersehen. Mitten in diesem „neuen Krieg“ stieg Afghanistan zum weltweiten Heroinproduzenten Nummer eins auf. Von dort kommen 93 Prozent dieses Rauschgiftes auf den Weltmarkt. Die Taliban nutzen die Drogengewinne, um Waffen zu kaufen, Rekruten zu bezahlen und Selbstmordattentäter anzuwerben, deren Familien Entschädigungen zufließen.

Globalisierung des Wahrnehmungs- und Handlungsraumes

Die These Kaldors und Müncklers von der Novität der neuen Kriege ist nicht unwidersprochen geblieben. Der Tübinger Historiker Dieter Langewiesche wendet gegen Münckler ein, dass es den völkerrechtlich geregelten und so eingehetzten Staatenkrieg nur in Europa gegeben habe. Die Hegungsära dauerte nur zweieinhalb Jahrhunderte, vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ersten Weltkrieg. Außerhalb Europas hätten die europäischen Mächte diesen europäischen Sonderweg nie respektiert. Aber auch innerhalb dieser Ära hätten die Europäer immer wieder gegen den rechtlichen Rahmen verstoßen. In den Kolonialkriegen außerhalb Europas seien substaatliche Kriegakteure und militärische Asymmetrie regelmäßig festzustellen gewesen, was eine ungehegte Kriegsführung zur Folge gehabt habe. Die neuen Kriege kontrastieren mit der europäischen Kriegserfahrung, so Langewiesche, die an dem völkerrechtlich geregelten Staatenkrieg geschult ist – mit der bemerkenswerten Ausnahme des Sündenfalles im Zweiten Weltkrieg. Neu sind die neuen Kriege also nur aus eurozentrischer Perspektive, wobei die außereuropäischen Kriegseingagements der Europäer der Vergessenheit anheimgefallen

sind. Dennoch werden sie als neu erfahren, weil sich mittlerweile der Wahrnehmungsraum globalisiert hat. Heute berichten die Medien über jeden bewaffneten Konflikt, wo immer er auch stattfindet. Medien informieren weltweit über das Kriegsgeschehen, über die Art der Kriegsführung, über die Folgen, über die Not der Zivilbevölkerung, über Flucht, Vertreibung, Massaker, Vergewaltigungen, über Kinder als Opfer oder Kindersoldaten, über Warlords und ihre Milizen, über den Krieg als Geschäft, über Geschäfte mit humanitärer Hilfe.

Der Globalisierung des Wahrnehmungsraumes entspricht eine Globalisierung des Handlungsraumes. Dies verdankt sich einerseits der Globalisierung der Interessen der Großmächte und vor allem der Vereinigten Staaten und ihrer Bündnispartner, andererseits aber auch den wachsenden Interventionen der Vereinten Nationen, die bewaffnete Konflikte zu Angelegenheiten aller Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen werden lassen. Hinzu kommen Staatenorganisationen wie die Afrikanische Union, die Organisation Amerikanischer Staaten, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Europäische Union und die NATO, die in bestimmten Weltregionen intervenieren. Schließlich weist Langewiesche darauf hin, dass die Universalisierung der Menschenrechte bewirkt, die Kriege unserer Zeit als neue Kriege wahrzunehmen, denn sie erzwingt, Menschenrechtsverletzungen in Kriegen in aller Welt zu verurteilen. Frühere Kriege in Europa wurden an anderen Maßstäben gemessen als Kriege außerhalb Europas. Dieser doppelte Maßstab führte zu einer Doppelmoral: einer für die gehegten Kriege in Europa und einer anderen für die ungehegten Kriege außerhalb Europas. In der globalisierten Welt wird dies nicht mehr hingenommen. Heute fühlen sich auch Gesellschaften, die vom Krieg nicht be-

troffen sind, verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen im Krieg, wo immer auf der Welt sie auch stattfinden. Sie fordern humanitäre Interventionen. Damit wird das Konzept des „gerechten Krieges“ reaktiviert als Antwort auf die Regellosigkeit der neuen Kriege. Indem Amerikaner und Europäer versuchen, das staatliche Gewaltmonopol weltweit zu erzwingen, werden sie immer wieder in asymmetrische Kriege verwickelt, in denen sie oft gegen Regeln des Kriegsvölkerrechtes verstoßen und ihre Gegner nicht bezwingen können, weil diese sich an keinerlei Regeln halten.

Zivile Opfer und Dauer

Das hat zur Folge, dass achtzig Prozent der Opfer, der Toten und Verwundeten der neuen Kriege unbeteiligte Zivilisten sind. Bei den gehegten Staatenkriegen war dies umgekehrt. Von den Toten des Ersten Weltkrieges dürften etwa 95 Prozent Uniform getragen haben, im Zweiten Weltkrieg waren die Opfer nur zu 34 Prozent Kombattanten, die übrigen Non-Kombattanten. Heute tragen Non-Kombattanten auch die Hauptlasten kriegsbedingter Flucht und Vertreibung. Dem UN-Flüchtlingskomitee zufolge hat sich die Zahl der weltweiten Flüchtlinge und Vertriebenen von 2,4 Millionen im Jahr 1975 auf 14,4 Millionen im Jahr 1995 erhöht. Das Komitee meldet noch weitere 5,4 Millionen Inlandsflüchtlinge. Mittlerweile ist die Zahl der Menschen auf der Flucht vor Krieg, Konflikten, Verfolgung auf 43,3 Millionen angewachsen. Das ist die höchste Zahl seit Mitte der Neunzigerjahre. Gleichzeitig fiel die Zahl der Flüchtlinge, die freiwillig nach Hause zurückkehrten, auf den tiefsten Stand seit zwanzig Jahren. 15,2 Millionen Flüchtlinge leben jenseits der Grenzen ihrer Heimatländer. Eine Mehrheit von ihnen ist seit fünf und mehr Jahren auf der Flucht.

Die neuen Kriege haben eine lange Dauer. Dagegen sind zwischenstaatliche

Kriege eher kurz, auch wenn wir Europäer in Erinnerung an den Ersten und Zweiten Weltkrieg intuitiv etwas anderes vermuten. Ein Viertel der neuen Kriege, so auch der Afghanistan-Konflikt, dauert länger als 120 Monate. Lange Kriege erinnern an den Dreißigjährigen Krieg mit seiner komplexen Gemengelage von Ursachen und Motiven, von Interessen und Werten, mit einer in Raum und Zeit diffundierenden Gewalt, wobei es keine klaren Fronten gab und es nur selten zu Schlachten und größeren Gefechten kam. Statt einer gegenseitigen Konfrontation der militärischen Kräfte wurde die Zivilbevölkerung zum Ziel der Gewalt gemacht. Dass die Zivilbevölkerung auch in den neuen Kriegen regelmäßig zum Opfer wird, hat viele Gründe. Vier davon verdienen eine besondere Erwähnung. Der Staatenkrieg, so definiert von Clausewitz, „ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“. Diese Definition setzt voraus, dass es sich bei uns und beim Gegner um Staaten handelt und „der Wille“ eindeutig zu bestimmen ist. In den neuen Kriegen entfällt das Ziel des Brechens eines Willens. Stattdessen zielt er darauf ab, sich die Bevölkerung einer Region gefügig zu machen. Weiterhin entfällt die Unterscheidung in Front und Heimat. Die Verwendung von Waffen, deren tödliche Wirkung sich nicht auf Kombattanten begrenzen lässt wie Napalm, Streubomben und neuerdings auch die weiträumige und unsystematische Verlegung von Anti-Personen-Minen, wie sie in innergesellschaftlichen Kriegen immer häufiger benutzt werden, kommen hinzu. Schließlich erklärt sich der hohe Anteil der zivilen Opfer in den neuen Kriegen durch die mit der Deregulierung des Krieges einhergehende Entdisziplinierung der Kämpfer, für die kein Kriegsvölkerrecht und kein Militärstrafgesetzbuch Bedeutung haben. War für die Staatenkriege die Entscheidungsschlacht der Kulmina-

tionspunkt des Kriegsgeschehens, so ist es für die neuen Kriege das Massaker.

Es spricht vieles dafür, dass die neuen Kriege, so wie auch der Dreißigjährige Krieg, nicht mit militärischen Mitteln beendet werden können, weil sie nicht auf eine militärische Entscheidung angelegt sind. Deshalb ist die größte sicherheitspolitische Herausforderung darin zu erkennen, dass sie weder durch militärische Mittel allein noch durch ausschließliche zivile Mittel zu überwinden sind.

Jede Regierung, die sich zu einer humanitären Intervention entschließt, muss gegenüber der eigenen Bevölkerung beide Komponenten immer wieder austariert kommunizieren: sowohl militärisches als auch ziviles Engagement. Anders als bei den Staatenkriegen, in denen die militärische Gewalt als *letztes* Mittel zur Verfügung steht, ist die militärische Gewalt in den neuen Kriegen zum *ersten* Mittel geworden. Denn nur am Anfang eines innergesellschaftlichen Konfliktes hat militärische Gewalt eine Erfolgchance. So war zum Beispiel die frühzeitige Intervention in Mazedonien 2001 bei den Auseinandersetzungen zwischen Mazedoniern und Albanern deshalb ein Erfolg, weil sie verhindert hat, dass sich die Gewalt tief in die inneren Strukturen der Gesellschaft einfräß. Interventionen werden länger und teurer und auch aussichtsloser, je stärker sich Gewaltbereitschaft habitualisiert hat. Eine frühzeitige humanitäre Intervention fällt Regierungen der pluralistischen Demokratie besonders schwer, weil die Medien über die aufkeimenden Konflikte noch nicht berichtet haben und deshalb die Bevölkerung keinerlei Verständnis für die Notwendigkeit einer Intervention entwickeln konnte. Man wird die Prognose wagen können, dass die Zahl der nach internationaler Intervention rufenden Konflikte weiter zunehmen wird. Zerbrechende Staaten (*failing states*) wie zum Beispiel Somalia, wo das staatliche Gewaltmono-

pol nur noch auf dem Papier steht, sind ansteckend für die Nachbarschaft und können eine ganze Region in Brand setzen. Nicht staatliche Akteure verfügen in diesen zerbrechenden Staaten über alle Machtmittel ohne jegliche Kontrolle.

Im August 2010 hat die Bundesregierung eine schmerzhaft Erfahrung in einem dieser *failing states*, nämlich mit Somalia, machen müssen. Sie hatte die Ausbildung von 925 somalischen Polizisten finanziert, die ausgerechnet von Instruktoren aus Äthiopien auf ihre Aufgaben vorbereitet wurden, das seinerseits starke Interessen in Somalia verfolgt. Die Bundesregierung versäumte es, dieses Engagement den zuständigen Instanzen der UN anzuzeigen. Zwei Monate nach Ende der Ausbildung ist der Aufenthaltsort dieser Polizisten unbekannt. Sie werden in dem somalisch-äthiopischen Grenzgebiet vermutet. Bekannt ist, dass islamische Milizen, die die von der UN geförderte Übergangsregierung Somalias bekämpfen, ausgebildete Polizisten anwerben. Das Gleiche gilt für alle Bürgerkriegsfraktionen. Nach einem Bericht der *Monitoring Group for Somalia* der Vereinten Nationen desertieren achtzig Prozent der ausgebildeten Sicherheitskräfte vor allem deshalb, weil sie nicht bezahlt werden. Aus diesem Grunde garantiert die UN allen Sicherheitskräften ein Mindestgehalt von einhundert Dollar monatlich, aber nur dann, wenn sie bei der UN angemeldet sind. Und genau das hat man von deutscher Seite unterlassen. Das ist eine desaströse Posse, die die Destabilisierung der Region vorantreibt.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Zahl der Interventionen der Vereinten Nationen dramatisch erhöht. Beflügelt durch die Euphorie der Implosion des Kommunismus, begann Anfang der 1990er-Jahre die Ära der humanitären Interventionen. Sie wurden nicht mehr machtpolitisch, sondern moralisch begründet. In Somalia wollte man die Be-

völkerung vor dem Chaos eines totalen Staatenzerfalls schützen, in Ruanda einem Genozid Einhalt gebieten, auf dem Balkan einem serbischen Suprematieanspruch entgegenzutreten.

Staatliche Souveränität und Intervention

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 2005 im Grundsatz ein Papier mit dem Titel *The Responsibility to Protect* verabschiedet, das die Internationale Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität ausgearbeitet hatte. Der entscheidende Gedanke dieses Berichts ist, dass staatliche Souveränität in ihrem Kern die Pflicht des Staates bedeutet, die ihm anvertrauten Menschen und ihre universell geltenden Rechte vor Gewalt zu schützen. Daraus folgt, dass Staaten, die dieser Pflicht *nicht* nachkommen, nicht auf das Gewaltverbot von Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen setzen können. Die Kommission verständigte sich auf sechs Kriterien, die bei einer Entscheidung zur Intervention erfüllt sein müssen: die legitime Autorisierung, ein rechtfertigender Grund, die richtige Absicht, das äußerste Mittel, Verhältnismäßigkeit der Mittel und begründete Aussicht auf Erfolg.

Auch die NATO ist an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten gelangt. Die Budgets stagnieren, und viele Mitgliedstaaten kommen ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nach. Wenn die Hochphase der humanitären Intervention in nächster Zeit zu Ende gehen wird, dann ist dies vor allem dem Eindruck der Öffentlichkeit in vielen NATO-Staaten geschuldet, diese Kriege seien nicht zu gewinnen. Auch die politischen Eliten sind diesen humanitären Einsätzen gegenüber sehr viel skeptischer geworden. Vor allem die europäischen Mitglieder der NATO wollen das Verteidigungsbündnis wieder stärker auf seine Kernaufgaben begrenzen, die allenfalls

Stabilisierungseinsätze wie im Kosovo zulassen. Man hat versucht, diese Entwicklung mit dem Etikett „neuer Realismus“ zu beschreiben. Doch dieser neue Realismus hat seinen Preis, den Völker in Asien und Afrika zu zahlen haben. Inzwischen ist Lybien zu einer Nagelprobe für die internationale Gemeinschaft im Hinblick auf eine neue Strategie humanitärer Interventionen geworden.

Technologische Entwicklung

Zu Beginn des Irak-Krieges 2003 hatten die Amerikaner nur eine Handvoll unbemannter Flugkörper im Einsatz. Mittlerweile betreiben sie in Afghanistan 12 000 Bodenroboter und 7000 Drohnen, die aus 11 000 Kilometer Entfernung von einem Kontrollzentrum in Nevada gesteuert werden. Schon heute können Roboter feindliche Scharfschützen ausspähen und die Arbeit von Bombenräumkommandos übernehmen. Der koreanische Konzern Samsung hat einen mit einem Maschinengewehr bestückten Roboter entwickelt, der – mit Tageslicht- und Infrarotkamera, Bewegungsmeldern und Sensoren ausgerüstet – Menschen auch in der Nacht in vier Kilometer Entfernung identifizieren und erschießen kann. Bisher galt seit Tausenden Jahren: Wer an einem Krieg teilnimmt, riskiert sein Leben. Das kann nun völlig anders werden. Auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz wurde ausführlich über Cyberangriffe beraten. Sowohl die NATO als auch die amerikanische und deutsche Regierung haben begonnen, Cyberabwehrzentralen aufzubauen, um kritische Infrastrukturen gegen Angriffe aus dem Internet zu schützen. Der Virus Stuxnet, der 2010 in unzähligen Industriesteuerungen entdeckt wurde, war ein Warnruf. William J. Lynn, amerikanischer Vizeverteidigungsminister, warnte kürzlich im *Handelsblatt* eindringlich vor der Zerstörung militärischer Anlagen und industrieller Einrichtungen durch Cyberangriffe.